



## **Niederschrift zur Informationsveranstaltung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Familie der Schloss-Stadt Hückeswagen**

**Sitzungstermin:** 10.05.2021  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:20 Uhr  
**Ort:** per Videokonferenz

Herr Mallwitz, Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Jugend und Familie, begrüßt die Teilnehmer und eingeladenen Gäste der Informationsveranstaltung. Er führt aus, dass dies keine Ausschusssitzung ist, weshalb auch keine Verpflichtung sachkundiger Bürger und keine Wahl eines Schriftführers erfolgt.

Im Anschluss begrüßt Herr Bürgermeister Persian, der durch diese Informationsveranstaltung führt, ebenfalls alle Teilnehmer und Gäste und erläutert den Ablauf der Videokonferenz.

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentliche Sitzung**

- 1 Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit mit Kindern/Jugendlichen währenddessen und danach
- 2 Sachstandsbericht Schulsozialarbeit
- 3 Sachstandsbericht zur Streetworkarbeit in Hückeswagen
- 4 Pandemiebedingte Entwicklung auf den Arbeitsmarkt in Hückeswagen
- 5 Mitteilungen und Anfragen

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### **zu 1 Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeit mit Kindern/Jugendlichen währenddessen und danach**

Frau Poranzke und Herr Visse vom Jugendzentrum (Juze) führen an, dass die Kinder und Jugendlichen sehr unter den pandemiebedingten Einschränkungen zu leiden haben. Aus Erzählungen einzelner ist bekannt, dass die Kinder/Jugendlichen im 2. Lockdown von ihren Eltern schon anders behandelt wurden, z.B. durch wesentlich mehr Einschränkungen in der Freizeitgestaltung oder in Bezug auf Aktivitäten im Freien. Auch im Juze finden Angebote während der Pandemie überwiegend digital statt. So wurde z.B. auch ein Diensthandy angeschafft, so dass mit den Kids/Jugendlichen darüber viel in Kontakt geblieben werden konnte.

Da dem Juze bewusst ist, dass die Kinder/Jugendlichen bereits durch den Schulunterricht mehr vor dem Computer verbringen als üblich, wurden auch „handfeste“ Angebote unterbreitet. Im Ohana Familienbildung e.V. wurde ein neuer Kooperationspartner gefunden. Zusammen wurden z.B. in einzelnen Taschen Bastelutensilien herausgegeben. Diese konnten sich die Kids in der Halle unterhalb des Bürgerbüros abholen. Diese Aktion war sehr erfolgreich.

„Gemeinsam“ wurde auch ein Insektenhotel gebaut – an dem Bau waren die Kids/Jugendlichen digital beteiligt, nur den eigentlichen Bau hat Herr Visse alleine durchgeführt.

An den Digital-Angeboten haben durchschnittlich 6-8 Kinder/Jugendliche im Alter von durchschnittlich 12-15 Jahren teilgenommen.

Während der Pandemie wurden auch die Räumlichkeiten des Juze neu und ansprechend hergerichtet. Es wurde z.B. ein „Chill-Raum“ eingerichtet. Im Außenbereich ist ein Mitmach-Garten geplant. Das marode Gartenhaus wurde abgerissen. Es sind eine neue Pflasterung und eine neue Hütte geplant. Beim Ein-Euro-Verein soll ein Antrag auf Förderung eines Grillplatzes gestellt werden, der dann später von allen Hückeswagenern genutzt werden kann.

Auch dieses Jahr kann kein Kinderdorf in gewohnter Form stattfinden. Es wird jedoch – wie im letzten Jahr – ein alternatives Ferienprogramm (auch 2 Wochen) geben. Dieses Mal wird es 7 Workshops mit maximal je 10 Kindern geben. Die Kinder bleiben dann eine ganze Woche in dem gewählten Workshop und sind nur unter sich, mit den jeweiligen Betreuern – nach einer Woche wird gewechselt. Diese Vorgehensweise ist auch Teil des Hygiene- und Testkonzepts.

Die Spendenbereitschaft für das alternative Ferienprogramm ist erfreulicher Weise trotz der schwierigen Lage sehr groß.

Das Juze bietet in Kooperation mit den Schulen grundsätzlich auch weiter Hausaufgabenbetreuung an (momentan nicht) und steht für Teambuilding-Angebote weiter zur Verfügung – z.B. nach der Pandemie, um den Klassenzusammenhalt wieder aufzubauen.

Hinsichtlich der Skater-Anlage ist anzuführen, dass sich die Kids/Jugendlichen gut selber organisieren, eigene Regeln aufstellen und auf die Einhaltung der AHA-Regeln achten.

Fragen von den Teilnehmern der Veranstaltung werden sofort beantwortet.

Die PP-Präsentation des Juze ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Anschließend berichtet Frau Schneider, Schulleiterin der Förderschule Nordkreis, dass bislang kein(e) Schüler\*in positiv getestet wurde. Das Gesundheitsamt fragt auch in regelmäßigen Abständen an, ob die Hygieneregeln etc. eingehalten werden und ausreichend gelüftet wird. Ab dem 10.05.2021 wird in den Grund- und Förderschulen mit den sog. Lolli-Tests gearbeitet, die täglich zu einem Labor nach Köln gebracht werden.

Während im 1. Lockdown die Kinder noch gut erreicht werden konnten (z.B. durch Hausbesuche), weil es auch für die Kinder etwas Neues/Spannendes war, leiden sie jetzt sehr stark. Es ist eine zunehmende Resignation unter den Kindern bemerkbar, die Leistungsbereitschaft – gerade bei den älteren Kindern, die sich auch zunehmend abwenden – hat sehr abgenommen und bei den Jüngeren ist eine tiefe Traurigkeit spürbar.

Dies hat Auswirkungen auf die Lernbereitschaft, die Kinder lassen sich schwerer motivieren.

Die Motivation, die Selbststrukturierung, das Durchhalten und das Lernen als solches stellen große Herausforderungen dar. Die Situation ist natürlich auch für die Eltern nicht leicht. Viele Kinder werden wieder lernen müssen, 6 Stunden am Stück zu lernen/durchzuhalten.

Die Pandemie wirkt wie ein Brennglas, bisherige Probleme haben sich durch die Pandemie nochmals verstärkt.

Während bei vielen Jungs ein Abtauchen in verschiedene Suchtstoffe und die Computer-Welt zu beobachten ist, ziehen sich viele Mädchen in sich selbst zurück.

Auch der Schulabsentismus hat zugenommen.

Aus Sicht der Montanushauptschule erläutert Herr Rennau, dass seiner Meinung nach, die gesamte Gesellschaft das Problem der Kinder angehen muss bzw. bei der Bewältigung helfen muss. Die Kinder vereinsamen und resignieren. Auch er stellt schon Fälle von Schulabsentismus fest. Es wird zu überlegen sein, ob nicht ggf. Dinge aus dem Lehrplan gestrichen werden können, um mehr Zeit für die Kinder, für gemeinsame Dinge, Teambuilding, Beziehungs- und Integrationsarbeit und auch für die Eltern zu haben.

Auch wurde festgestellt, dass die Zusammenarbeit mit den Grundschulkollegen leidet.

Frau Schneider und Herrn Rennau geben an, dass natürlich alles das, was sich jetzt mit den neuen Medien entwickelt hat und erlernt wurde, auch seitens der Schüler, beibehalten und weiter ausgebaut werden soll. Viele Kinder kommen auch gut mit der neuen Form des Lernens zu Recht. Gutes soll beibehalten werden.

Um keine Zeit nach Ende der Pandemie zu verlieren, ist es natürlich erforderlich, jetzt schon tätig zu werden. So sind z.B. Dolmetscher gut und wünschenswert, jedoch müssen Kinder und auch die Eltern wieder raus/unter Menschen kommen, um sich integrieren zu können.

Auch die Zusammenarbeit mit den Grundschulen muss wieder stärker werden. Teambuilding in Kooperation mit dem Juze, Konfliktmanagement und Sozialtraining werden enorm wichtig sein. Hier könnte geschaut werden, ob neue Förderprogramme den Einkauf von Profis möglich machen. Auch sog. Lesesparten werden erforderlich sein.

Die PP-Präsentation von Herrn Rennau und Frau Schneider ist ebenfalls der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Zum Abschluss berichtet Frau Hüttenschmidt, BuT-Schulsozialarbeiterin, dass ihre Arbeit im organisatorischen Bereich gerade durch fehlende feste Präsenzzeiten an den Schulen leidet. Sie erfährt erst spät (teilweise zu spät) von bestehenden Problemen, und auch der Kontakt zu den Mitarbeitern der OGS kann überwiegend nur telefonisch stattfinden. Inhaltlich hat sich die Anzahl der BuT-Anträge natürlich verringert, da keine Klassenfahrten/-ausflüge stattfinden, die (erforderliche) Lernförderung kaum stattfindet und es auch kaum Teilhabeangebote gibt – aktuell nur das alternative Ferienprogramm.

Dieser Kontakt auf Distanz schafft auch andere Probleme wie z.B. dass die Kinder mit dem Unterrichtsstoff nicht nachkommen und sich nicht bemerkbar machen, oder zu Hause morgens nicht pünktlich am PC sitzen. Hier fehlt oftmals das Verständnis für die Pünktlichkeit.

Auch sind die Eltern teilweise schwerer zu erreichen – weil auch keine Hausbesuche stattfinden. Hier werden Gespräche teilweise durch die Gegensprechanlage geführt.

Frau Hüttenschmidt ist jedoch dankbar über das Diensthandy, da sie so zumindest Kontakt über WhatsApp zu den Kindern halten kann.

Nach der Pandemie werden feste Sprechzeiten in den Schulen, Hausbesuche und Teilnahme an Elternabenden/-sprechstunden, Tage der offenen Tür wichtige Bestandteile der Arbeit werden. Es muss erneut Vertrauen aufgebaut und Kontakte (z.B. Telefonnummern) müssen aktualisiert werden.

Frau Poranzke und Herr Visse sind für alle Anregungen hinsichtlich eines gemeinsamen Vorgehens offen – es gilt „die Köpfe zusammen zu stecken“ und Förderprogramme im Auge zu behalten.

Der Verwaltung ist durch Rückmeldungen von den Grundschulen bekannt, dass es auch durch die fehlende Betreuung in den Kindergärten zu Problemen beim Übergang zur Grundschule gekommen ist/kommt. Die Verwaltung wird dieses Problem beim Kreisjugendamt, als Träger der Kindergärten, platzieren.

Fragen aus dem Ausschuss werden sofort beantwortet.

## **zu 2 Sachstandsbericht Schulsozialarbeit**

Die Verwaltung berichtet, dass schon in der Vergangenheit deutlich wurde, dass die zur Verfügung stehende Stundenzahl im Rahmen der BuT-Schulsozialarbeit für den Gesamtkomplex Schulsozialarbeit nicht ausreichend ist. Noch deutlicher ist dies in der jetzigen pandemiebedingten Situation geworden.

In gemeinsamen Gesprächen mit dem Kreisjugendamt, dem Schulamt des OBK und den Schulen, in denen die verschiedenen Umsetzungswege diskutiert wurden, wurde für die Montanusschule und die Förderschule Nordkreis die sogenannte „Stellenumwandlung“ als Umsetzungsweg ins Auge gefasst. Es handelt sich hier um zusätzliche Stellen (on-Top) zum bisherigen Kollegium. Die Finanzierung und (unbefristete) Anstellung erfolgt komplett durch das Land

NRW.

Der Antrag für die Montanusschule wurde der Bezirksregierung bereits übermittelt. Die Entscheidung über den Antrag obliegt ausschließlich der Bezirksregierung. Wir hoffen auf eine positive Entscheidung.

Der Antrag für die Förderschule Nordkreis befindet sich in Arbeit und kann in Kürze der Bezirksregierung übermittelt werden.

Wünschenswert wäre, wenn eine Einstellung bereits zum nächsten Schuljahr erfolgen würde.

Fragen aus dem Ausschuss werden sofort beantwortet.

Eine entsprechende PP-Präsentation (zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3) ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

### **zu 3 Sachstandsbericht zur Streetworkarbeit in Hückeswagen**

Die Verwaltung führt an, dass die Stelle für die Streetworkarbeit in Hückeswagen (und Marienheide) nach wie vor unbesetzt ist. Die bisherigen Einstellungsverfahren seitens des OBK bzw. DRK waren erfolglos.

Dem OBK wurde bereits mehrfach mitgeteilt, dass dieser Zustand unhaltbar ist.

Auch der Gemeinde Marienheide ist an einer zügigen Neubesetzung gelegen.

Seitens des DRK wurde das Stellenprofil angepasst.

Eine entsprechende PP-Präsentation (zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3) ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

### **zu 4 Pandemiebedingte Entwicklung auf den Arbeitsmarkt in Hückeswagen**

Die Verwaltung berichtet über die Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt in Hückeswagen.

Zu Beginn werden die unterschiedlichen Zuständigkeiten erklärt.

So ist z.B. die Stadt für die Gewährung von Wohngeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit und Hilfe zum Lebensunterhalt (= vorübergehende Erwerbsunfähigkeit) außerhalb von Einrichtung zuständig. (Die verschiedenen Sozialhilfefarten innerhalb von Einrichtungen werden beim Kreissozialamt bearbeitet.)

Andererseits ist die Arbeitsförderung Aufgabe der Bundesagentur für Arbeit (BA) bzw. des Jobcenters.

Während die BA die Aufgaben nach dem SGB III wahrnimmt (z.B. „normales“ Arbeitslosengeld, kurzzeitige Arbeitslosigkeit (ggf. bis 24 Monate), Berufsausbildungsbeihilfe, Kurzarbeitergeld u.v.m.), ist das Jobcenter für die Aufgaben nach dem SGB II zuständig (z.B. Arbeitslosengeld II, bekannt als Hartz IV, lange Arbeitslosigkeit u.v.m.).

Die Gesamtzahl (BA+Jobcenter) der arbeitslos gemeldeten Hückeswagener ist zu Beginn der Pandemie (April 2020) gestiegen und ist im Vergleich zu den Vorjahren höher.

Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften beim Jobcenter ist zu Beginn der Pandemie ebenfalls gestiegen, ist mittlerweile aber wieder auf das Niveau vor der

Pandemie gesunken.

Insgesamt betrachtet ist positiv festzustellen, dass der OBK im Vergleich zu anderen Städten/Kreisen im Umland unter den Durchschnittswerten des Bundesgebietes liegt.

Die Anzahl der Wohngeldfälle ist in 2020 enorm gestiegen – dies ist jedoch nicht in erster Linie auf die Pandemie, sondern auf zwei Wohngeldreformen zurückzuführen, die dazu führten, dass mehr Menschen Anspruch auf Wohngeld haben.

Das Wohngeld wird allein durch das Land und den Bund finanziert.

Die Frage aus dem Ausschuss, ob seitens des Jobcenters Programme zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und zur Teilhabe am Arbeitsmarkt laufen, kann nicht beantwortet werden, da hierfür nicht die Stadt sondern das Jobcenter zuständig ist.

Träger des Jobcenters sind die BA und der OBK, so dass Anfragen der Politik an den Kreis-Sozialausschuss zu stellen wären.

Aktuell liegt der Verwaltung die Auskunft des Jobcenters Oberberg, Geschäftsstelle Hückeswagen, vor, dass sich das „ehemalige“ Programm für Langzeitarbeitslose, welches über den ESF (Europäischen Sozialfonds) lief, in der Schlussphase befindet und nur noch finanziell abgewickelt wird.

Zum 01.01.2019 ist das neue Teilhabechancengesetz (THCG) in Kraft getreten, womit die Instrumente „Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“ (§ 16 e SGB II) und „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ (§ 16 i SGB II) als Bundesgesetz SGB II verankert wurden; sie gelten somit auch in Hückeswagen. Beide Instrumente können Arbeitgeber finanziell bei der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen unterstützen.

Im Jahr 2020 konnten 4 Personen aus Hückeswagen eine Beschäftigung aufnehmen, die nach § 16 e SGB II gefördert wurde, und eine Person aus Hückeswagen konnte eine Beschäftigung, die nach § 16 i SGB II unterstützt wurde, aufnehmen.

Diese Arbeitgeberprogramme werden regelmäßig über die Arbeitgeberkontakte vorgestellt und bekannt gemacht.

## **zu 5 Mitteilungen und Anfragen**

### **1) Aktualität der städtischen Homepage**

Aus der Mitte der Teilnehmer wird angeregt, dass Angebot für Kinder und Jugendliche auf der städtischen Homepage besser dargestellt wird.

Herr Persian dankt für den Hinweis und führt an, dass die städtische Homepage etwas veraltet ist, eine Neuausrichtung hinsichtlich Technik und Inhalte jedoch bereits auf der Agenda steht. Zudem wird auch auf die eigene Homepage des Juze verwiesen.

### **2) zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen / „Sicherer Hafen“**

Aus dem Teilnehmerkreis wird die Frage gestellt, ob die Stadt im Rahmen des Programms „Sicherer Hafen“ freiwillig mehr Flüchtlinge aufnehmen wird.

Herr Persian weist darauf hin, dass diese Entscheidung nicht von der Verwaltung zu treffenden ist, sondern von der Politik.

### 3) Asylbewerber, Impfung von Asylbewerbern

Auf Nachfrage teilt die Verwaltung mit, dass es hinsichtlich der Asylbewerber ruhig geworden ist – so wie in den letzten 1 ½ Jahren. Die anerkannten Asylbewerber wechseln nach wie vor in den Zuständigkeitsbereich des Jobcenters. Etliche Asylverfahren laufen aber noch, so dass diese Asylbewerber, ebenso wie abgelehnte Asylbewerber, nach wie vor von der Stadt betreut und finanziert werden.

Auch Weitblick bzw. das Flüchtlingsnetzwerk betreuen diesen Personenkreis. Einige nicht anerkannte Asylbewerber haben mittlerweile sogar eine Arbeit gefunden – aber auch diese Personen werden noch vom Flüchtlingsnetzwerk begleitet.

Durch die Arbeitsaufnahme von z.B. Familienvätern konnten die Krankenhilfekosten gesenkt werden. Dies liegt daran, dass Familienväter, die sozialversicherungspflichtig arbeiten, ihre Familienangehörigen mit in die gesetzliche Krankenversicherung ziehen – auch wenn der Lebensunterhalt nicht komplett ohne städtische Hilfe sichergestellt werden kann.

Die Pandemie hatte bisher keine negativen Auswirkungen auf die Arbeitsverhältnisse der Asylbewerber.

Anfang Juni ist die Impfung aller Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften wohnen – also auch Asylbewerber – geplant. Der Personenkreis wurde bereits informiert (z.B. persönliche Anschreiben, Aushänge), weitere Informationen werden folgen und können z.B. auch über eine bestehende WhatsApp-Gruppe weitergegeben werden (freiwillige Teilnahme, keine persönlichen Angelegenheiten).

Zum Abschluss dankt Herr Mallwitz allen Teilnehmern, den eingeladenen Gästen und der Verwaltung und erinnert an die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Familie am 14.09.2021 – dann hoffentlich in Präsenz.

Für die Richtigkeit:

Datum: 27.05.2021

---

Sabine Erxleben  
Schriftführerin

Kenntnis genommen:

---

Bürgermeister o.V.i.A.